

Mutlos nach dem Tsunami

Japans Behörden versprachen einen raschen Wiederaufbau. Doch ein Jahr nach der Katastrophe geht den Bürgern die Kraft aus

Sonja Blaschke, Onagawa

Mitten in der öden Leere, die einmal das Herz des japanischen Fischerorts Onagawa war, leuchtet ein einzelner Farbfleck. Ein buntes Graffiti zeigt eine Möwe. Erst sitzt sie ruhig da, dann breitet sie ihre Flügel aus, durch die schon rote Federn blitzen. Schließlich erhebt sie sich – in einen goldrot glänzenden Feuervogel verwandelt – kraftvoll in die Lüfte. Wie ein Phönix aus der Asche möge Onagawa wieder aufstehen, das ist die Botschaft.

Die Menschen in Onagawa haben solchen Trost nötig. Als der Tsunami am 11. März 2011 Japan überrollte, wurde kaum ein Ort so stark zerstört wie das 11 000-Einwohner-Städtchen. Mehr als 800 Menschen starben hier oder gelten immer noch als vermisst. Bis zu 20 Meter hohe Wellen haben das Ortszentrum mit Bahnhof, Fabriken, Läden und Wohnhäusern einfach weggespült. Selbst in dem Krankenhaus, das hoch über der Kleinstadt auf einer Anhöhe thront, stand das Wasser im Erdgeschoss auf Brusthöhe. Ein Schlammstreifen an der Wand zeugt heute noch davon.

Ein knappes Jahr nach der Katastrophe haben viele Menschen hier nicht nur ihre Heimat verloren. Sondern auch ihren Mut. „Ein, zwei Monate danach dachten wir, wenn wir uns fünf bis zehn Jahre anstrengen, dann wird das schon wieder“, erzählt der Lehrer Kazuhiko Abe. „Es gab so viele Ideen.“ Die Schule, an der der 45-Jährige unterrichtet, entging den Wellen knapp. Abe organisierte Spenden von Schülern. Er stieß eine Postkartenaktion mit an, einige der Bilder, die seine Schüler zeichneten, wurden sogar an die internationale Raumstation ISS geschickt. „Doch inzwischen sehe ich die Erschöpfung in den Herzen der Kinder“, sagt Abe.

Den Eltern geht es kaum besser. Zwar konnten die Familien mittlerweile aus Turnhallen in eigene Übergangswohnungen umziehen, bekamen ihre lange vermisste Privatsphäre zurück. Aber die Dinge des täglichen Lebens müssen sie wieder aus eigener Tasche bezahlen. „Fürs Aufräumen bekamen die Menschen wenigstens etwas Geld“, sagt der Lehrer. Zwischen 70 und 120 Euro pro Tag habe die Regierung für die Beseitigung von Schutt bezahlt. Doch das



Zeugen des Desasters: Im ehemaligen Ortskern von **Onagawa** hat der Tsunami ein Gebäude auf die Seite gekippt. Es soll als Denkmal liegen bleiben. Die Riesenwelle riss sogar Menschen vom Dach des großen Gebäudes dahinter, damals eine Bank

Programm lief im Oktober 2011 aus. „Seither sind viele völlig ohne Einkommen und sehen schwarz für die Zukunft.“ Manche sparten schon an den Lebensmitteln.

Denn Aussichten auf Jobs gibt es kaum. Viele Einwohner von Onagawa haben in den Fischfabriken am Hafen gearbeitet. Die aber existieren seit dem Tsunami nicht mehr. „Derzeit sind zwar zwei Fabriken im Bau“, sagt Akihiro Kimura von der örtlichen Abteilung für Wiederaufbau, „aber es wird noch bis Anfang 2013 dauern, bis die stehen.“

Die Einwohnerzahlen in der Region sinken stetig. Die Behörden versuchen, den Schwund abzubremsen, indem sie die neuen Wohnviertel in Gebieten planen, die vor einem möglichen neuen Tsunami geschützt sind. „Die Sicherheit der Bürger hat höchste Priorität“, sagt Kimura. Daher sollen die neuen Quartiere in den entlegensten Winkeln der Kleinstadt entstehen, ganze Bergkuppen sollen dafür abgetragen werden. Schon jetzt sind hoch gelegene, ebene Flächen so rar, dass Übergangswohnungen sogar inmitten eines Baseballstadions gebaut wurden.

Eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung spielen nicht zuletzt Nichtregierungsorganisationen, auch wenn sie zuerst auf Widerstände stießen. Denn im hierarchischen Japan waren die Behörden gewohnt, die Zügel in der Hand zu halten. „Anfangs wussten sie nichts mit uns anzufangen“, erzählt Yasuhiro Ueshima, der für die Koordination der Freiwilligen in der Region zuständig ist. Mittlerweile hätten sie aber Vertrauen aufgebaut und würden sogar um Hilfe gebeten. Mittels Umfragen versuchen die Behörden, Wünsche der Bürger in die Planungen einzubeziehen. Viele hoffen auf breitere Straßen, eine bessere Verkehrsanbindung und den raschen Wiederaufbau der Fischereindustrie. Ueshima fordert zudem Ausgleichszahlungen an Fischer und Bauern.

Doch bis Onagawa wieder eine normale Stadt sein wird, werden noch Jahre ins Land ziehen – auch weil die vom Tsunami auseinandergerissene Gemeinde erst wieder zusammenwachsen muss. Der Bürgermeister der ähnlich stark zerstörten Gemeinde Rikuzentakata geht davon aus, dass es 20 bis 30 Jahre dauern wird, bis sich das Leben normalisiert.



Moskau befördert VIPs von der Straße in die Luft

Hohe Beamte der Stadtregierung sollen öfter Helikopter fliegen

Andre Ballin, Moskau

Moskaus Stadtregierung will einem Zeitungsbericht zufolge die chronischen Staus mit Hubschraubern besiegen. Das soll für die VIP-Staatsdiener gelten, die mit Blaulicht und Signalhorn am Stau vorbeidonnern oder ihre schwarz getönten Edellimousinen über rote Ampeln und auf der Gegenfahrbahn steuern.

Ein Blaulicht am Mercedes ist ein Statussymbol in Russland. Es heißt: „Ich bin wichtig, und ich habe immer recht.“ Knapp 900 solcher Fahrzeuge rasen durch Moskau. Für die normal schleichenden Autofahrer sind sie ein rotes Tuch, vor allem, nachdem der Dienstwagen des Lukoil-Vizechefs Anatoli Barkow auf dem Leninski Prospekt mit einem entgegenkommenden Citroën kollidierte. Beide Insassen des Kleinwagens wurden bei dem Unfall getötet. Die Polizei erklärte anschließend pauschal die Opfer für schuldig, obwohl Dutzende Zeugen erklärten, der Lukoil-Mercedes sei mit hoher Geschwindigkeit auf der Gegenfahrbahn unterwegs gewesen.

Seither gab es zahlreiche weitere VIP-Unfälle. Zuletzt krachte im Dezember der Dienstwagen des Swerdlowski Gouverneurs Alexander Mischarin in ein entgegenkommendes Fahrzeug. Dessen Fahrer wurde getötet, Mischarin wurde schwer verletzt.

Dass die VIP-Fahrzeuge den Verkehr behindern, haben nun auch das Verkehrsministerium und die Moskauer Stadtverwaltung erkannt. Die Limos sollen daher durch Hubschrauber ersetzt werden, erklärte ein Sprecher der Stadtregierung. Nach deren Berechnung würde der Bau von zehn Hubschrauberlandeplätzen in Moskau und 40 im Umland rund 6 Mrd. Rubel (150 Mio. Euro) kosten.

Doch Experten bezweifeln, dass der Lufttransport viel bringt. Im vom präsidentialen Sicherheitsdienst FSO überwachten Himmel über Moskau ist die Anzahl der Flüge eng begrenzt. 900 Beamte auf Hubschrauber umzusetzen sei einfach unmöglich, erklärte der Leiter des Luftfahrtanalysezentrums Aviaport Oleg Pantelejew. Nun wird darüber diskutiert, ob dann nur die Elite der VIP-Beamten mit dem Hubschrauber ins Büro geflogen wird.

„Wir werden den Kampf nie aufgeben“

Hamas-Ideologe Mustafa Sawaf bestreitet, dass die Islamisten moderater geworden seien

Max Borowski, Gaza

Die radikale Palästinenserbewegung Hamas will nach der Versöhnung mit der rivalisierenden Fatah-Partei den Konflikt mit Israel anheizen. Dies sagte Mustafa Sawaf im Gespräch mit der FTD in Gaza. Sawaf ist stellvertretender Kulturminister der Hamas-Regierung und ehemaliger Chefredakteur der Zeitung „Filistin“ in Gaza. Er gilt als einflussreicher Intellektueller in der radikalislamischen Bewegung.

„Unsere wichtigste Bedingung für eine gemeinsame Regierung ist der sofortige Stopp der Kooperation der Autonomiebehörde mit den israelischen Sicherheitskräften“, sagte Sawaf. Am Wochenende hatten sich die verfeindeten Palästinenserparteien auf eine provisorische Regierung unter Führung des Fatah-Chefs und palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas geeinigt, um die Spaltung zwischen dem Hamas-beherrschten Gazastreifen und dem Fatah-regierten Westjordanland zu beenden.

Israels Regierung hatte die Abmachung scharf kritisiert. Wie auch die USA und die EU betrachtet sie die Hamas als Terrorgruppe, die Israel ver-

nichten wolle. Dieses Ziel bekräftigte Sawaf im Gespräch ausdrücklich. Viele westliche Beobachter verknüpfen mit der palästinensischen Einigung dagegen die Hoffnung, die Hamas werde dem Terrorismus abschwören und im Rahmen ihrer angestrebten Aufnahme in die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) deren Abkommen mit Israel akzeptieren.

Dieser Hoffnung erteilte Sawaf eine Absage. „Die Hamas kann den bewaffneten Widerstand nicht aufgeben, wie PLO und Fatah es einst getan haben“, sagte er. Die Hamas sei eine religiöse Bewegung mit unveränderlichen Prinzipien. „Wir könnten uns nur ändern, wenn der Koran sich ändert.“

Unter der Führung von Fatah arbeiten Sicherheitskräfte der Autonomiebehörde derzeit bei allen Fragen der öffentlichen Ordnung im Westjordanland – vom Verkehr bis zur Terror-

bekämpfung – eng mit den Israelis zusammen. Sollte diese Zusammenarbeit enden und einer Konfrontation weichen, würde dies das Leben in den Autonomiegebieten lahmlegen. Sawaf behauptete, das Volk sei bereit, diese Konsequenzen zu tragen.

Derzeit führt die Hamas mit arabischen und westlichen Diplomaten Gespräche, bei denen es um die Aufnahme der Islamisten in die PLO geht. Als Belohnung dafür hofft die Hamas auf internationale Anerkennung. Sawaf stellte klar, die Hamas werde keine Zugeständnisse machen: „Ziel ist, die PLO und die Autonomiebehörde zu reformieren und zum Widerstand gegen Israel zurückzuführen.“

Sawaf bestritt, dass es einen Richtungsstreit in der Hamas gebe. So hatten sich in den vergangenen Monaten führende Exilpolitiker wie Chalid Maschal positiv zur Errichtung eines Palästinenserstaats im Westjordanland, dem Gazastreifen und Ostjerusalem geäußert. „Das heißt aber nicht, dass wir den Rest unseres Landes als Israel anerkennen“, sagte Sawaf. „Die Befreiung ganz Palästinas wird auch nach Ausrufung eines Staates und einer eventuellen Waffenruhe mit Israel ein Projekt für die Zukunft bleiben.“

„Wir können uns nur ändern, wenn der Koran sich ändert“

MUSTAFA SAWAF, Hamas-Ideologe

Obama nimmt PAC-Wahlkampfgeiler

US-Präsident Barack Obama hat angesichts des Spendenaufkommens der Republikaner eine Kehrtwende bei der Wahlkampffinanzierung vollzogen und unterstützt nun doch die umstrittenen Super-PACs (Political Action Committees). Obamas Wahlkampfleiter Jim Messina erklärte am Montag in einer E-Mail, die mit den Republikanern verbündeten Super-PACs hätten bereits mehr als 40 Mio. Dollar für Wahlwerbung ausgegeben. Es könne nicht sein, dass der republikanische Kandidat in den Genuss von unbegrenzten Mitteln komme, während die Demokraten „einseitig abrüsteten“. Daher würden Mitarbeiter des Präsidentschafts sowie Kabinettsmitglieder den demokratischen Super-PAC Priorities USA unterstützen. Das Oberste Gericht der USA hatte 2010 entschieden, dass die bis dahin geltenden Grenzen für Wahlkampfspenden verfassungswidrig seien. Aus dem Urteil gingen in diesem Wahlkampf die Super-PACs hervor, die beliebig hohe Summen einsammeln dürfen. Obama hatte das Urteil kritisiert. Bis Ende 2011 hatte Priorities USA 4,2 Mio. Dollar eingesammelt. Das mit dem republikanischen Favoriten Mitt Romney assoziierte Super-PAC Restore Our Future hatte dagegen im selben Zeitraum 30,2 Mio. Dollar eingesammelt. REUTERS

Angriff auf Polizeiwache in Nigeria

Im Norden Nigerias sind erneut Anschläge verübt worden. Unbekannte griffen am Montag eine Polizeistation in der Stadt Kano mit Sprengstoff und Schnellfeuerwaffen an, wie die Polizei mitteilte. Es sei zu einem Schusswechsel gekommen. Dabei sei ein Polizist verletzt worden. In der Stadt Maiduguri wurde laut Augenzeugen eine Apotheke in die Luft gesprengt. Im Januar waren in Kano bei einer Reihe koordinierter Attentate mehr als 180 Menschen getötet worden. Die Anschläge werden der islamistischen Sekte Boko Haram zugeschrieben, die einen Scharia-Staat aufbauen will. Ihr werden Verbindungen zum Terrornetzwerk al-Kaida nachgesagt. REUTERS

Im Sudan verschleppte Chinesen freigelassen

Sudanesische Rebellen haben gestern 29 chinesische Arbeiter freigelassen, die sie Ende Januar in der Konfliktregion Süd-Kordofan verschleppt hatten. Die Chinesen hätten nach ihrer Freilassung ein gechartertes Flugzeug des Internationalen Roten Kreuzes bestiegen, meldete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Der Freilassung seien intensive Verhandlungen mit den Regierungen in Peking und Khartum vorausgegangen. Die Sudanesische Volksbefreiungsarmee hatte die Arbeiter eines Straßenbauprojekts am 28. Januar in ihre Gewalt gebracht. 18 Kollegen konnten den Kidnappern entkommen. China ist ein wichtiger Verbündeter des Sudan und hat in das Ölgeschäft der Region im großen Maße investiert. Die ölfreiche Region Süd-Kordofan, die an den noch jungen Staat Südsudan grenzt, wird seit Monaten von Kämpfen erschüttert. DPA

Vierter Prozess für Berlusconi

Silvio Berlusconi wird in einem vierten Prozess als Angeklagter in Mailand vor Gericht stehen. Richterin Maria Grazia Domanico entschied gestern, der frühere Regierungschef werde sich wegen Beihilfe zur Veröffentlichung von abgehörten Telefonsprachen in einer Wirtschaftssache verantworten müssen. Der im November als Ministerpräsident zurückgetretene Berlusconi muss sich bereits in dem Korruptionsprozess um den britischen Anwalt David Mills sowie im „Rubygate“-Verfahren um Sex mit minderjährigen Prostituierten und Amtsmissbrauch vor Mailänder Richtern verantworten. DPA